V0695/25

Bevölkerungsschutztag 2026
-Antrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 09.10.2025-

Antrag:

um die Bevölkerung mehr für Katastrophenschutz zu sensibilisieren wurde von der damaligen Bundesinnenministerin im Jahr 2023 ein Bevölkerungsschutztag eingeführt. Seither gibt es alljährlich eine große zentrale Informationsveranstaltung des Bundes und der Länder, zuletzt am 12. Juli 2025 in Rostock. Aber auch Gebietskörperschaften greifen nun verbreitet für ihren Bereich diesen Bevölkerungsschutztag auf, um dieser Thematik mit einer breiten Vielzahl von Akteuren aus dem Zivil- und Katastrophenschutz mit einer gemeinsamen Veranstaltung eine ganz neue Dimension an Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Beispiele aus unserer näheren Umgebung sind in 2025 die Landkreise München und Fürstenfeldbruck.
Hierzu stellen wir nun folgenden **Antrag**:
Die Stadt Ingolstadt plant unter Einbeziehung aller vor Ort vertretenen Akteure des Bevölkerungsschutzes von den Hilfsorganisationen bis hin zu Polizei und Bundeswehr für 2026 einen Bevölkerungsschutztag. Weitere zuständige Landes- und Bundesbehörden sind über die Planungen zu informieren und soweit möglich mit einzubeziehen.

Kommission für Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungswesen	11.03.2026	Bekanntgabe
Stadtrat	26.03.2026	Entscheidung

Stadtrat vom 26.03.2026

*Der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe **V0695/25**, der Ergänzungsantrag der ödp-Stadtratsgruppe **V0009/26**, sowie die Stellungnahme der Verwaltung **V0024/26** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Over erklärt, dass nach Rücksprache mit dem Referenten und dem leitenden Branddirektor Huber alle Bedenken ausgeräumt seien. Der Stadtratsantrag zur Durchführung eines Bevölkerungsschutztages im September 2026 werde weiterverfolgt, man sei übereingekommen, die Veranstaltung als „Bevölkerungsschutztag“ zu bezeichnen.

Herr Müller erklärt, dass im Bereich Zivilschutz die Themen Warnung und Selbstschutz prioritär seien. Ein Bevölkerungsschutztag könne die Bürgerschaft über den Zivil- und Katastrophenschutz informieren, sensibilisieren sowie zur Mitwirkung motivieren, da im Ernstfall insbesondere die Zivilbevölkerung von Bedeutung sei.

Herr Müller stellt klar, dass der Ergänzungsantrag der ödp-Stadtratsgruppe V0009/26 zurückgezogen wird und der Hauptantrag der ödp-Stadtratsgruppe V0695/25 weiterverfolgt wird.

Sodann ergeht folgende geänderte Beschlussfassung über den Antrag der Verwaltung ***V0024/26****:*

Mit allen Stimmen:

1. Die Stellungnahme der Verwaltung wird bekanntgegeben.

2. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Bevölkerungsschutztag zu planen und durchzuführen.**